

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Franz Rieger

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Katharina Schulze

Abg. Dr. Harald Schwartz

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Dr. Martin Huber

Ministerpräsident Horst Seehofer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Bayerns Russlandpolitik: Kritischer Dialog in Verantwortung für europäische Werte, Frieden und Sicherheit statt christsozialer Freibrief für den Machthaber!"

Die Regeln für die Aktuelle Stunde sind bekannt. – Als erstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Rinderspacher, das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am morgigen Mittwoch bricht der Bayerische Ministerpräsident in Begleitung einer großen Delegation zu einer politischen Konsultation nach Moskau auf, unter anderem zu politischen Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Wir begrüßen, dass bilaterale Beziehungen auch mit der Russischen Föderation gepflegt werden. Wir begrüßen es, dass die Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen – Wirtschaft, Landwirtschaft, Kultur und Wissenschaft – intensiviert wird. Uns geht es nicht um die Frage, ob die Reise von Herrn Seehofer nach Russland stattfindet, sondern darum, wie sie stattfindet. Wir wollen mit der heutigen Aktuellen Stunde dem Bayerischen Ministerpräsidenten die Gelegenheit geben, gegenüber dem Hohen Hause und der bayerischen Öffentlichkeit Rechenschaft über eines seiner zentralen Projekte abzulegen, wie er es nannte.

In seiner Neujahrsansprache 2016 sprach er von einer zentralen Bedeutung seiner Besuche bei Präsident Putin, und da ist es selbstverständlich, dass er auch hier gegenüber dem Hohen Hause Rechenschaft ablegt. Was sind seine Ziele? Um welche Projekte geht es genau? Es ist im Deutschen Bundestag üblich, dass sich die Kanzlerin in Regierungserklärungen vor großen Gipfeln und außenpolitischen Konsultationen erklärt. Wir erwarten das heute auch vom Bayerischen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten, dass die Visite 2017 besser vorbereitet sein wird, als das 2016 erkennbar war. Damals war der Besuch wenig professionell vorbereitet und in der politischen Kommunikation ausgesprochen unglücklich. Der russische Machthaber instrumentalisierte den Besuch von Herrn Seehofer ganz offensichtlich für seine Zwecke. Das russische Staatsfernsehen sprach von einem Zeichen von Aufruhr, dass Herr Seehofer als unmittelbarer politischer Partner von Frau Merkel gegensätzliche Positionen in Moskau vertrat. Der Bonner "General-Anzeiger" kommentierte: Seehofer "Putins Helfer" und "nützlicher Idiot des Kremls". Das mache ich mir ausdrücklich nicht zu eigen. Aber es stellt sich schon die Frage: Stand der Besuch damals im Widerspruch zur Politik der Bundesregierung? War das eine Visite, die gegen die Interessen der europäischen Wertegemeinschaft gerichtet war, und was haben wir jetzt in den nächsten drei Tagen in Moskau zu erwarten?

Tatsächlich war es 2016 überraschend, dass der Bayerische Ministerpräsident ausgerechnet Wladimir Putin, dem russischen Machthaber, politische Noblesse attestierte. In einer Zeit, in der Tausende Streubomben auf Aleppo niedergingen, sagt Herr Seehofer in einer internationalen Pressekonferenz, es sei nobel von Herrn Putin, dass er sich nicht in die europäische Flüchtlingspolitik einmische. Unterdessen fallen Tausende von Streubomben auf Aleppo und auf andere syrische Städte. Die russischen Bomber nahmen keine Rücksicht auf Zivilisten; sie kümmerten sich nicht um die Kriegsoffer und nicht um die Flüchtlinge. Es gab absichtliche Attacken auf Gesundheitseinrichtungen, und das humanitäre Völkerrecht wurde verletzt.

Wir wissen, dass Ban Ki Moon das Handeln der Russischen Föderation folgendermaßen beschrieben hat: Die russische Regierung hat Blut an ihren Händen. Der Bayerische Ministerpräsident attestiert Herrn Putin politische Noblesse. Man wundert sich deshalb nicht, wenn die "FAZ" kommentiert: "Horst Seehofer und Edmund Stoiber haben die eigene Blamage auf ein Höchstmaß getrieben." Die "Bild"-Zeitung titelte, die Seehofer-Reise sei eine Torheit gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen als Opposition einige wenige Forderungen im Vorfeld dieses erneuten Besuchs in der Russischen Föderation hier im Parlament zum Ausdruck bringen. Wir erwarten, dass der Bayerische Ministerpräsident, der unter anderem davon sprach, es gebe Schießereien in der Ukraine, und der damit einen Krieg mitten in Europa verharmloste, sich besser auf diese Russland-Visite vorbereitet und dass mehr Trittsicherheit auf internationalem Parkett auch aus bayerischer Perspektive zu beobachten sein wird. Ferner erwarten wir, dass der Krieg in Syrien und die russische Rolle sowie der Krieg in der Ukraine und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht verharmlost werden, sondern dass diese Themen bei der Visite bei Wladimir Putin offensiv angesprochen werden.

Wir fordern Sie, Herr Seehofer, auf, deutlich zu machen, dass Sie die Politik der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union in Moskau unterstützen werden. Sie sollten heute hier im Hohen Haus die Gelegenheit nutzen, deutlich zu machen, dass Sie keine Nebenaußenpolitik betreiben, wie das im Jahre 2016 den Anschein hatte. Da hatten Sie zur Überraschung auch des bayerischen Parlaments auf dem Flug nach Moskau über dem Staatsgebiet von Polen plötzlich gegenüber einem Korrespondenten des Bayerischen Landtags die Forderung nach einer einseitigen Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland erhoben. Damit haben Sie sich ein Stück weit zum Sprachrohr des russischen Außenministers gemacht. Die "Deutsche Welle" kommentierte: Seehofer hat bei seinem kontraproduktiven Moskau-Trip alle Fehler gemacht, die Kritiker vor der Reise befürchtet hatten.

Ich sage, es hat keinen Sinn, zum gegenwärtigen Zeitpunkt einseitig und bedingungslos die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland zu fordern. Denn es ist überhaupt nicht zu erkennen, dass sich Wladimir Putin die Mühe macht, das Minsker Friedensabkommen umzusetzen. Solange das nicht erkennbar ist, kann es kein Entgegenkommen Deutschlands und der Europäischen Union geben.

(Beifall bei der SPD)

Es kann keine Rede davon sein, dass die bayerische Wirtschaft und auch die bayerische Landwirtschaft vor dem Niedergang stünden. Die Exporte von Bayern nach Russland machen gerade einmal 1,4 % des gesamten Exports Bayerns aus. Das ist Platz 18. Es gibt 17 Länder, die in diesem Zusammenhang als relevanter einzustufen sind als die Russische Föderation. Mitnichten sind nur die Sanktionen dafür verantwortlich, dass es im Handel zwischen Bayern und Russland rückläufige Zahlen in den Statistiken gibt. Nein, es ist auch der schwache Rubel, und es ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Russischen Föderation. Es sind der Niedergang des Ölpreises und damit verbunden auch die Schwierigkeiten der Russischen Föderation auf dem gesamten Energiesektor. Das hat zum problematischen Handelsbilanzdefizit geführt.

Ich sage auch, wir können von Bayern aus nicht eine Politik betreiben nach dem Prinzip: Hauptsache, der Rubel rollt. Ja, wir haben bayerische wirtschaftliche Interessen. Das ist keine Frage. Aber das allein kann es nicht sein. Es gibt weitere Gesichtspunkte, die wir berücksichtigen müssen, und ich erwarte von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie diese heute wie auch in den nächsten drei Tagen ansprechen. Es liegt im bayerischen Interesse – unser Land liegt im Herzen Europas –, dass wir Teil einer europäischen Sicherheits- und Friedensarchitektur sind und dass wir uns an das halten, was in der Europäischen Union und in der deutschen Bundesregierung beschlossen wird. Es liegt im vitalen Interesse des Freistaates Bayern, dass wir nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen pflegen, sondern auch auf das pochen, was wir für einen Markenkern des Freistaates halten, nämlich Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Auch das müssen Exportschlager sein, es darf nicht um nur wirtschaftliche Produkte gehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

In dem Augenblick, in dem Sie Ihre Forderung nach einer einseitigen bedingungslosen Aufhebung der Sanktionen bei Wladimir Putin wiederholen, lacht der sich ins Fäustchen. Sie sagen damit, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim ist für uns eine voll-

endete Tatsache, die wir politisch legitimieren. So kann bayerische Außenpolitik nicht funktionieren.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie bei Herrn Putin das Thema der Cyberkriegsführung der Russischen Föderation gegen Europa und gegen die Bundesrepublik Deutschland ansprechen. Wir nehmen es sehr ernst, dass der BND-Präsident, aber auch der deutsche Verfassungsschutz selbst vor russischer Einflussnahme, vor Störversuchen und vor politischer Verunsicherung warnen und erklären, es gebe einen erheblichen Anstieg russischer Propaganda und Desinformationskampagnen sowie eine aggressive Cyberspionage. Ich erinnere nur an die Cyberattacke auf den Deutschen Bundestag. Auch das muss bei einer solchen Visite in Russland angesprochen werden.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss ein paar versöhnliche Worte. Wir haben als Opposition im Bayerischen Landtag immer wieder angeregt und Sie aufgefordert, auf Ihren Auslandsreisen in China oder auch in Russland den Gedankenaustausch mit der Opposition und der Zivilgesellschaft zu pflegen. Ich hatte Ihnen am 22. August letzten Jahres einen Brief mit einigen Vorschlägen betreffend zivilgesellschaftliche Menschenrechtsorganisationen übersandt. Ich habe heute feststellen dürfen, dass Sie in Russland erstmals tatsächlich mit einer Menschenrechtsorganisation, nämlich Memorial, das Gespräch suchen werden. Es stimmt mich ein Stück weit hoffnungsfroh, dass sich Ihr Blickfeld in der bayerischen Außenpolitik diesbezüglich erfreulicherweise erweitert hat.

Nein, der Besuch in Moskau darf sich nicht auf Küsse im Kreml zu Krimsekt reduzieren. Wir erwarten, dass Sie auch die kritischen Themen, die wir heute im Bayerischen Landtag angesprochen haben, offensiv in Russland vertreten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Kollege Dr. Rieger von der CSU das Wort.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wer glaubt, die Brandherde dieser Erde ohne die großen Weltmächte löschen zu können, ist entweder naiv oder dumm. Wenn wir Antworten auf Terror, Flüchtlingskrisen und Klimawandel finden wollen, dann können wir das nur gemeinsam mit den großen Staaten dieser Erde tun, ob es uns gefällt oder nicht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist jetzt nichts Neues!)

Deshalb wird die Bayerische Staatsregierung die bewährte Tradition der Reisen der Bayerischen Ministerpräsidenten nach Russland, angefangen 1987 mit Franz Josef Strauß über Edmund Stoiber bis hin zu Horst Seehofer, fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Strauß, Stoiber und Seehofer haben sich auch und gerade in schwierigen Zeiten nicht von Reisen nach Moskau abhalten lassen; denn gerade in solchen Zeiten dürfen die Gespräche nicht abbrechen.

(Beifall bei der CSU)

Oder wollen Sie die Verhältnisse weiter verschlechtern und einen Kalten Krieg provozieren? – Nein, das darf und das kann nicht sein.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Dem widerspricht doch keiner!)

Ohne Moskau werden wir die großen Krisen dieser Welt nicht lösen können. Aber es interessiert leider niemanden, ob wir das schön finden oder nicht.

Man braucht auch nicht bis Bismarck zurückzugehen, um festzustellen, dass man das alte Blockdenken nicht praktizieren kann. Man kann die Welt nicht einfach in die Guten

und die Bösen einteilen. Die Welt ist voller Konflikte. Die Auswirkungen bekommen auch wir in Bayern unmittelbar zu spüren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber eine Haltung braucht man schon!)

Kriege und Bürgerkriege in Europa und in seiner näheren Umgebung, große Fluchtbewegungen, die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Sicherheitslage in vielen Regionen der Welt bis hin zur Terrorbekämpfung – alle diese Herausforderungen verlangen ein gemeinsames Vorgehen. Das, meine Damen und Herren, ist ohne Russland nicht möglich. Eine Zusammenarbeit mit Russland ist in allen Bereichen wichtig. Auch in Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen können dabei Brücken gebaut werden; denn auch Russland hat ein großes Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen zum Freistaat wie zu ganz Deutschland. Mehr als 5.500 Unternehmen mit deutscher Beteiligung sind in Russland vertreten; ein Viertel davon kommt aus Bayern. Wenn wir diese Beziehungen abbrechen, dann schadet das nicht nur unserer Wirtschaft, sondern es schadet auch dem gemeinsamen Dialog.

(Beifall bei der CSU)

Denn diese Verbindungen bauen starke Brücken, meine Damen und Herren. Und Sie wollen das alles jetzt in Gefahr bringen und einreißen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie mal etwas zu den Menschenrechten! Hören Sie doch zu, was Herr Rinderspacher sagt!)

Das wollen wir nicht, und das werden wir nicht zulassen, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zu Ihnen. Mich wundert Ihre Heuchelei; denn Ihr Kollege aus der Bundes-SPD, Außenminister Sigmar Gabriel, hat diesbezüglich offenbar ganz andere Ansichten als Sie. Er war erst letzte Woche in Moskau und hat schon bei früheren Reisen als Wirtschaftsminister die Lockerung der Sanktionen für Russland gefordert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Er hat aber Bedingungen gestellt!)

Es ist schon höchst erstaunlich, liebe Kollegen von der SPD, dass Sie das jetzt in Ordnung finden und Herr Rinderspacher hier und heute den Moralischen heraushängen lässt.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Keine Haltung zu den Menschenrechten! Über eine solche Rede freut sich auch Herr Putin! Der reibt sich die Hände!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Halbleib, wir machen hier keine Zweirede.

Dr. Franz Rieger (CSU): Ich hätte mir im Übrigen gewünscht, liebe Kollegen von der SPD, dass Sie sich bei der Reise Ihres Kollegen Sigmar Gabriel zum ägyptischen Diktator al-Sisi ebenso echauffiert hätten; denn da wäre Ihre Empörung angebracht gewesen. Aber da hat man nichts von Ihnen gehört, überhaupt nichts.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Putin freut sich, wenn er das nachliest!)

Meine Damen und Herren, wir können selbstverliebt und oberlehrerhaft um unsere Werte tanzen. Wir können stur auf unseren Prinzipien herumreiten. Dies wird uns aber nichts nützen, weil wir sie so nicht verteidigen können. Es ist geradezu heuchlerisch, wenn man den Menschen weismachen will, dass man unseren Werten auf diese Weise Geltung verschaffen kann.

Wenn wir die Brücken zu Russland einreißen, die Gespräche verstummen und den Kontakt einfrieren lassen, dann werden wir damit das Gegenteil von dem erreichen, was wir eigentlich wollen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Dr. Franz Rieger (CSU): Werter Herr Kollege Rinderspacher, Sie glauben doch nicht wirklich, dass Sie mit Ihrem politischen Vorgehen die europäische Friedensarchitektur sichern, indem Sie sich trotzig hinsetzen, mit dem Fuß stampfen und sagen: Basta, wir reden nicht mehr mit euch, oder: Wir reden nur mehr unter bestimmten Bedingungen mit euch. Das sagen Sie doch. In der internationalen Politik ist das dilettantisch. In Bayern schafft man es mit einer solchen Haltung, Herr Rinderspacher, nur in die Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist schon eine richtige Entscheidung, mit Russland in Kontakt zu bleiben. Es ist richtig, dorthin zu fahren.

(Inge Aures (SPD): Genau!)

Ihr Arbeitstitel "Kritischer Dialog" ist wohl die richtige Formulierung, unter welchem Stern diese Fahrt stehen soll. Ich glaube, dass kein Land so stark an guten außenpolitischen Beziehungen zu Russland interessiert sein muss wie gerade auch Deutschland. Wir müssen natürlich auch Wirtschaftsinteressen vertreten, gerade vor dem Hintergrund, dass das Handelsvolumen in den letzten Jahren eingebrochen ist. Es hat sich nämlich von 13 Milliarden Euro auf 7 Milliarden Euro in etwa halbiert. Das ist keine gute Perspektive.

Trotzdem sehen wir die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und stellen dort Auseinandersetzungen militärischer Art fest, die größtenteils wohl auch auf Nationalitätenkonflikten beruhen. Genau da würde ich Sie, Herr Ministerpräsident, wenn ich Ihnen etwas mit auf den Weg geben darf, darum bitten, zumindest den Geist des Minsker Abkommens, auch wenn es vielleicht nicht Punkt für Punkt erfüllbar ist, mitzutragen,

der da in der groben Überschrift lautet: Entflechtung der Truppen, Rückzug der schweren Waffen von der Frontlinie und eine bestimmte Dezentralisierung von Gebieten, in denen Nationalitätenkonflikte mit Sicherheit nicht militärisch lösbar sind, sondern nur im Sinne eines gemeinsamen Zusammenlebens und in denen auch starke russische Minderheiten gewisse Rechte bekommen sollten, etwas dezentral agieren zu dürfen. – Auf der einen Seite muss das die Ukraine akzeptieren. Auf der anderen Seite muss Russland die territoriale Integrität anerkennen. Dann hätten wir schon einmal einen gemeinsamen Nenner.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, dann ist durchaus der Boden für das Aufrechterhalten guter Wirtschaftsbeziehungen bereitet. Bayern ist hiervon sehr stark betroffen; denn in Russland haben rund 2.000 bayerische Firmen investiert. Ein Viertel der Kontakte Deutschlands zu Russland läuft über die Wirtschaft in Bayern. Insofern können wir das nicht ausblenden. "Minsker Abkommen" ist die große Überschrift.

Auch wäre uns FREIEN WÄHLERN wichtig, dass man mehr als deutlich anspricht, dass Einflussnahmen auf die Innenpolitik hierzulande – sei es über die modernen Medien auf Wahlkämpfe, sei es durch die direkte oder indirekte Finanzierung politischer Kräfte; ich nenne nur Le Pen in Frankreich und auch bestimmte Kräfte in Deutschland – nicht in unserem Sinne sind und dass wir das deutlich ablehnen.

Trotzdem vielleicht die kleine Note an die Adresse der Sozialdemokratie: Nicht nur Ihr sprichwörtlicher Altbundeskanzler Gerhard Schröder – nicht nur wegen der Definition des lupenreinen Demokraten Putin; es ist auch seine Rolle bei Gazprom –,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

sondern auch Gabriel und Steinmeier haben sich für Lockerungen der Sanktionen ausgesprochen. Lassen Sie das einmal wirken. Wir sollten das Ganze nicht zu einem kleinen parteipolitischen Scharmützel in diesem Landtag herunterzoomen und so tun,

als wären diejenigen, die dann unterwegs sind, ganz anderer Meinung. Nein, da passt vieles auf die Seehofer-Linie: vernünftiger Umgang, konstruktiv-kritischer Dialog und Verbot der Einflussnahme auf die deutsche Innenpolitik.

Natürlich sind wir uns darüber im Klaren, dass die derzeit großen Fragen wie die Syrien-Krise ohne Russland nicht werden gelöst werden können. In Syrien stellt man fest, dass Putin an der Seite Assads steht und dort natürlich seinen Stützpunkt halten will. Er möchte seinen Einfluss aufrechterhalten. Man kann sich seine Gesprächspartner nicht immer aussuchen. Beispielsweise wollte Frau Merkel Herrn Trump besuchen, vermutlich nicht aus innigster Überzeugung, sondern weil wir auch in der Zukunft gute Beziehungen zu den USA unterhalten wollen. Der Besuch wurde nur durch einen Schneesturm verhindert.

Sprechen Sie also miteinander. Machen Sie deutlich, was in unserem Interesse liegt. Wir, die FREIEN WÄHLER, werden Ihnen nicht in den Rücken fallen, indem wir fordern, Sie sollten lieber zu Hause bleiben. Dennoch sei gesagt: Ihre damalige Einschätzung des Krimkriegs als Schießerei war eine Unterschätzung der Situation. Diese "Schießerei" hat mittlerweile 10.000 Tote gefordert. Hier war Krieg, und es sind auch noch die Auswirkungen des Krieges zu spüren. Ich wiederhole jetzt zum dritten Mal: Das Minsker Abkommen – dieser Vorschlag ist bisher nicht gefallen – wäre für mich ein gangbarer Weg, um zumindest ein Zusammenleben der Menschen dort zu organisieren, damit es keinen Mord und Totschlag geben muss bzw. kann. Das muss unser Ziel sein. Weiterhin ist ein vernünftiger und kritischer Dialog mit Russland notwendig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Kollegin Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erinnern Sie sich an den Fall "Lisa"? Im Januar letzten Jahres berichtete das russische

Staatsfernsehen von einem Mädchen in Berlin, das von drei Ausländern verschleppt und wiederholt vergewaltigt worden sei. Die Botschaft der russischen Staatspropaganda war: Niemand sei mehr sicher, und die Polizei tue nichts. Es ist festzuhalten, dass an der Geschichte gar nichts stimmt. Aber sie wurde zum Renner in den sozialen Netzwerken. Rassisten und Rechtsradikale stürzten sich begierig auf die Geschichte und verbreiteten sie weiter.

Der Fall zeigt, wie russische Medien mit Fake-News und gemeinsam mit Nationalisten und Rechtsradikalen aus anderen Ländern Stimmung machen. Die EU und ihre freie und demokratische Ordnung ist der erklärte Gegner. Putin gefährdet mit seiner aggressiven und autoritären Großmachtspolitik das friedliche Zusammenleben in Europa. Autoritäre Politiker wie Marine Le Pen, Geert Wilders, Heinz-Christian Strache und Frauke Petry pilgern nach Moskau wie die Katholiken nach Altötting. Sie wollen sich dort Schecks und den Segen des Kremls abholen.

(Widerspruch bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Kern geht es um unterschiedliche Werte. Wollen wir in einem weltoffenen Europa leben, das den Menschen und den Bürgerrechten verpflichtet ist? Wollen wir in einem Europa der freien Presse und der freien Meinungsäußerung leben? Wollen wir in einem Europa der Demokratie und der gleichen Rechte für alle, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung, leben? Wollen wir in einem hellen Europa leben, in dem es menschlich zugeht? Hier kann ich nur antworten: Ja, in so einem Europa möchte ich leben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte aber nicht in einem Europa der abgeschotteten Nationalstaaten leben. Ich möchte nicht in einem Europa der gelenkten Presse und der politischen Diktatur leben. Ich möchte nicht in einem Europa leben, das Rechte von der Herkunft, vom Geschlecht oder der sexuellen Orientierung abhängig macht. Ich möchte nicht in einem dunklen Europa leben, in dem Machtstreben, Misstrauen und Gewalt an der Tagesord-

nung sind. Putin möchte dieses freie Europa destabilisieren. Eigentlich hat er damit keine Chance, vorausgesetzt, die Demokratinnen und Demokraten treten ihm entschlossen und geschlossen entgegen.

Herr Seehofer, hier kommen Sie ins Spiel. Ich höre von Ihnen Bewunderung für Donald Trump, Respekt für Wladimir Putin, und Sie pflegen eine politische Freundschaft mit Viktor Orbán. Ist das auch eine Freundschaft im Geiste? Bisher habe ich von Ihnen kein leidenschaftliches Plädoyer für die europäische Idee, keine Begeisterung für Frieden, Freiheit, Demokratie und die Werte der Aufklärung gehört.

(Widerspruch bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Das ist unglaublich! – Dr. Harald Schwartz (CSU): Also wirklich! – Beifall bei den GRÜNEN)

Nun fahren Sie nach Moskau. Dort werden Sie über Wirtschaftsbeziehungen, Landwirtschaft und Kultur sprechen. Auf unseren Vorschlag hin – wir haben Ihnen letzte Woche einen Brief geschrieben – haben Sie ein Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft ins Programm aufgenommen. Das ist gut so. Aber das darf nicht nur ein Feigenblatt sein. Ich erwarte, dass Sie auch mit den Regierungsvertretern über die Versuche Russlands, die öffentliche Meinung zu manipulieren, sprechen. Ich erwarte, dass Sie auch die Hackerangriffe auf den Bundestag und die CDU-Zentrale ansprechen. Ich erwarte, dass Sie über die Aggressionen Russlands und das Blutvergießen in Syrien sprechen. Ich erwarte auch, dass Sie über die völkerrechtswidrige Annexion der Krim sprechen. Herr Aiwanger, Sie können das nicht schönreden, indem Sie von einer Unterschätzung der Situation sprechen. Das war keine Unterschätzung der Situation. Wenn man bei der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim von einer harmlosen Schießerei spricht, hat man die Gemengelage nicht ganz verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Seehofer, Sie haben jetzt in Russland die Gelegenheit klarzumachen, auf welcher Seite der Geschichte Sie stehen. Ich hoffe, Sie stehen auf der Seite von Frieden,

Freiheit, Demokratie und der europäischen Einigung. Wir brauchen aufrechte Demokratinnen und Demokraten, die sich zu Europa bekennen, und zwar nicht nur in Bayern, sondern auch im Ausland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Schwartz von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte etwas zur Wirtschaft und zur Bedeutung für die Wirtschaft sagen, die ein solcher Besuch mit sich bringt. Aber zuvor sei eine kurze Bemerkung zu den Aussagen der Vorrednerin gestattet: Die Christlich-Soziale Union hat sich mit ihren Funktions- und Mandatsträgern für die europäische Idee eingesetzt, da gab es meine Vorrednerin noch gar nicht!

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Wie heißt die Union?)

– Herr von Brunn, schreien Sie ein bisschen lauter, dann höre ich Sie besser. Schreien Sie lauter. Sie können das. Ich möchte mit einem Quiz einsteigen. Ich erinnere mich an eine Partei, die den hier so inkriminierten Gesprächspartner als lupenreinen Demokraten qualifiziert hat. Es war ein SPD-Vorsitzender, Kanzler a. D.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nein!)

Ich glaube, das war er zu dieser Zeit. Vielleicht kommen Sie selber drauf, wer das war.

Aber lassen Sie mich zunächst beleuchten, welche tatsächliche Bedeutung Russland für die bayerische Wirtschaft hat. Russland ist ein wichtiger Handelspartner, auch wenn die Zahlen rückläufig waren. Die Gründe hierfür werde ich noch benennen. Die erfreulichen Entwicklungen, die sich im bayerisch-russischen Außenhandel in jüngster Zeit abzeichnen, lassen sich an Zahlen festmachen. So haben wir für 2016 – die Zahl fiel vorhin bereits – einen Zuwachs von 1,6 % zu verzeichnen. Tatsächlich gab es in

den Vorjahren Rückgänge im zweistelligen Prozentbereich. Es muss das Anliegen der bayerischen Wirtschaftspolitik sein, diese Rückgänge zukünftig wieder aufzuholen. Russland ist und bleibt ein wichtiger Handelspartner in Osteuropa, trotz der insgesamt gesunkenen Dynamik im bayerisch-russischen Außenhandel. Dabei sind die Zahlen immer noch beeindruckend: Das Volumen des Außenhandels zwischen Deutschland und Russland betrug 51 Milliarden Euro. Davon entfielen 2015 allein auf Bayern 8,1 Milliarden Euro. Das ist eine Größenordnung, die man keinesfalls vernachlässigen darf. Auch die Steigerung von russischen Importen aus Bayern gegenüber dem Vorjahr deutet auf eine Erholung im bilateralen Außenhandel hin. Diese Steigerung gab es insbesondere in den Sektoren Chemie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Metallzeugnisse, Glas- und Holzwaren, keramische Erzeugnisse, Gerätebau und Textilindustrie. Bayerische Unternehmen haben ein großes Interesse am russischen Markt, auch im Hinblick auf Unternehmensgründungen. Die Rahmenbedingungen müssen auch hier wieder verbessert werden.

Im Bundesländervergleich gehören bayerische Betriebe zu den wichtigsten Investoren in Russland. Von den etwa 5.600 in Russland ansässigen Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung kommen schätzungsweise 1.400, also ein Viertel, aus Bayern. Das sind eben nicht nur die Global Player, die es möglicherweise auch mit weniger politischer Unterstützung schaffen würden. Es sind auch und gerade die mittelständischen Unternehmen. Neben den Global Playern wie Siemens, BMW, KNAUF, MAN, LEONI und Liebherr sind es insbesondere auch die Unternehmen Wolf, REHAU, NETZSCH, Irex, Schaeffler, GEALAN. Die jüngsten Beispiele von Ansiedlungen, alle aus dem bayerischen Raum, wären KNAUF, Lika, Knorr, Siemens, Linde, Bionorica usw. Diese Liste geht über Seiten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sehr gut!)

Das Interesse, das die bayerische Wirtschaft an guten Beziehungen zu Russland hat, ist also keinesfalls zu leugnen. Staatliche Förderprogramme spielen dabei für die Ansiedlung eine ganz große Rolle.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer hat das geleugnet?)

Umgekehrt gibt es auch russische Unternehmen, die in Bayern investieren. Derzeit sind mehr als 350 Firmen mit russischer Kapitalbeteiligung im Freistaat angesiedelt, mit steigender Tendenz. Die Betriebe beschäftigen in Bayern rund 4.800 Mitarbeiter. Wir sind hier deutschlandweit an der Spitze. Unter den genannten Firmen befinden sich namhafte Softwareentwickler wie ABBYY, Kaspersky und Luxoft, aber auch Unternehmen wie Krost und LSR, ohne dass ich weitere nennen möchte. Ausschlaggebende Faktoren für die Ansiedlung dieser Unternehmen in Bayern liegen in unserer bekanntermaßen guten Infrastruktur.

Fazit: Für den bayerischen und den deutschen Mittelstand spielt Russland eine gigantische Rolle. Ein gutes Gesprächsklima, um die notwendigen politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, muss im allseitigen Interesse liegen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Völlig unbestritten!)

Ihr aktueller Kanzlerkandidat hat dazu in einem Interview vor 14 Tagen ausgeführt, dass momentan alle Kanäle genutzt werden müssen, auch und gerade in Richtung Russland.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat keiner bestritten!)

Dazu stehen wir. Das halten wir auch weiterhin für richtig. Europäische Werte, Frieden und Sicherheit sind nirgends besser als bei unserem Ministerpräsidenten und bei der Christlich-Sozialen Union aufgehoben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Rosenthal von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Überhöhungsdebatte, die wir gerade eben erlebt haben, ist es viel-

leicht gut, sich zu vergegenwärtigen, wer die Verantwortung für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland trägt.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Rede des Herrn Kollegen Dr. Rieger und bei der Rede der Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN hatte es fast den Anschein, als ob es eine Aufgabenverteilung in Richtung des Bayerischen Ministerpräsidenten gäbe, dass er eine sonderaußenpolitische Rolle zu spielen hätte. Ich bin Herrn Kollegen Dr. Schwartz sehr dankbar, dass er dies auf die vermutlich wichtigste Motivlage reduziert hat, nämlich die wirtschaftlichen Interessen des Freistaates Bayern zu wahren und auszuloten, ob unterhalb des Schirms der Sanktionen der EU auch weitere Geschäftsausweitungen möglich sind. Das ist ehrlich. Das ist der Kern. Dahinter kann ich mich stellen, wenn wir dabei gleichzeitig die moralische Dimension im Auge haben.

Bei den Beispielen, die Herr Kollege Dr. Rieger genannt hat, die Reisen des früheren Ministerpräsidenten Strauß, Gott habe ihn selig, muss ich ein großes Fragezeichen dahinter setzen. Wir müssen uns nicht darauf verständigen, dass die Großmächte zuständig sind, die Brandherde dieser Welt zu löschen, oder dass die Großmächte dabei eine wesentliche Rolle spielen sollten. Nein, darum geht es nicht. Allerdings geht es auch bei dieser Reise um eine moralische Dimension.

Die Ukraine wartet weiter auf die Erfüllung des Minsker Abkommens. Hier ist vor allem Russland gefragt. Die Bekämpfung jedweder Opposition innerhalb Russlands und die Hinrichtung der Zivilgesellschaft durch Drangsalierungen, durch Entzug von Finanzen und durch Entzug von internationalen Kontakten – das ist auch Russland. Heute war auch schon von Deeskalierungspolitik die Rede. Ich erwarte mir von dieser Reise, dass der Bayerische Ministerpräsident im Rahmen seiner Möglichkeiten diese Punkte anspricht.

(Beifall bei der SPD)

Völlig unpassend ist es, wenn dabei Außenminister Gabriel oder Außenminister Steinmeier zitiert werden. Das ist unpassend, weil es die Kernaufgabe des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland ist, die Interessen der Bundesrepublik wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Karl Freller (CSU): Und die Interessen Bayerns?)

Das ist etwas schwierig auszuhalten. Dann kommt eine Pause. Dann geht es erst auf die Augenhöhe der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Hier geht es also um die Rangfolge. Das ist unsere Erwartungshaltung an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

– Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt. Das kann ich mir gut vorstellen. Demut passt an dieser Stelle nicht. Das ist mir klar. Hier geht es aber darum, dass wir an dieser Stelle nichts verwerfen. Sie kommen uns immer mit Zitaten. Ich erinnere Sie an die historische Auseinandersetzung, als die CSU die Reisen von Bahr und Brandt bekämpft hat, als es um einen Ausgleich in der Ostpolitik ging. Das muss man sich doch einmal in Erinnerung rufen.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir heute diese Beziehungen haben, verdanken wir auch der sozialdemokratischen Außenpolitik in schwierigen Zeiten. Diese Öffnungen haben einen Dialog unter schwierigen Bedingungen ermöglicht und Fortschritte gebracht. Wir befinden uns jetzt in einer Situation, in der diese Fortschritte innerhalb Europas verschüttet werden.

(Karl Freller (CSU): Sollen wir nicht mehr miteinander reden?)

– Ich habe doch genau das Gegenteil gesagt, wenn Sie mir aufmerksam zugehört haben. Es geht um die Frage, wie man redet; ob man auf Augenhöhe redet, ob man

etwas kleinredet oder ob man Konflikte anspricht, wie das innerhalb Europas der Fall ist. Darum geht es doch.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Solidarität bei den Sanktionen, die die EU in großen und schwierigen Verhandlungen gemeinsam vereinbart hat. Das Minsker Abkommen wartet auf seine Erfüllung. Nur unter diesem Schutzschirm können wirtschaftliche Fortschritte erzielt werden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit steht unter diesem Vorbehalt. Das ist die Erwartungshaltung, die wir in Bezug auf die große Delegationsreise unter der Federführung des Bayerischen Ministerpräsidenten haben.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Martin Huber von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Titel der heutigen Aktuellen Stunde kann man kaum glauben, dass es sich dabei um die gleiche Person handeln soll, die vom ehemaligen SPD-Kanzler Gerhard Schröder noch als "lupenreiner Demokrat" bezeichnet wurde.

(Inge Aures (SPD): Ei, ei, ei, die alten Kamellen!)

Immerhin gestehen Sie nun grundsätzlich zu, dass der Gesprächsfaden aufrechterhalten werden soll. Normalerweise besteht Ihr außenpolitischer Ansatz eher darin zu sagen, mit wem man nicht reden darf. Gesprächsverbote, wie Sie sie wollen, zum Beispiel gegenüber Ungarn, führen aber nicht weiter, genauso wenig wie die öffentliche Übermittlung von Bedingungen. "Russland ist unlösbar in die europäische Geschichte verflochten, nicht nur als Gegner und Gefahr, sondern auch als Partner – historisch, politisch, kulturell und ökonomisch." Das ist ein Zitat von Willy Brandt, dem Bundeskanzler und dem Vorsitzenden der ehemals stolzen Volkspartei SPD.

(Beifall bei der CSU)

Willy Brandt hat in schwierigen Zeiten erkannt, dass Gesprächskanäle zu wichtigen Partnern aufrechterhalten werden müssen. Sein Motto lautete "Wandel durch Annäherung". Herr Kollege Rosenthal, das war in der Tat wichtig für die Beziehungen zu Osteuropa.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha! Diese CSU war dagegen!)

Dass wir aber die Deutsche Einheit erreichen konnten, lag auch an Franz Josef Strauß und seiner Klage gegen den Grundlagenvertrag, womit deutlich gemacht wurde, dass es nicht zwei Deutschlands gibt, sondern nur eines. Das soll an dieser Stelle auch nicht unerwähnt bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Franz Josef Strauß hat damals auch erkannt, dass die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion notwendig ist,

(Volkmar Halbleib (SPD): Milliardenkredit! Für die DDR!)

um Vertrauen zu schaffen und Brücken zu bauen. Sein Flug zu Gorbatschow nach Moskau ist bis heute legendär. Was fordert die SPD heute? – Außenpolitik der Bayern-SPD heißt immer nur festzulegen, mit wem man nicht reden darf.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist falsch! Zuspitzen gern, aber nicht so, wie Sie das hier machen, Herr Kollege!)

Aber letztlich kaschieren Sie damit nur, dass eigentlich niemand von Rang und Namen mit Ihnen reden will. Herr Kollege Rosenthal, Sie haben recht: Außenpolitik wird in Berlin gemacht, nicht in München. Ihr Außenminister Sigmar Gabriel war kürzlich zu seinem Antrittsbesuch in Russland. Ich bin mir sicher: Ihr Genosse hat dort bestimmt die Ihnen wichtigen Punkte angesprochen. Sigmar Gabriel war einmal Wirtschaftsminister. Als solcher hat er eine Lockerung der Sanktionen gefordert. Was war die Reak-

tion der SPD, Herr Rinderspacher? – SPD-Mitglieder haben einen Arbeitskreis gegen Gabriels Ostpolitik gegründet. Ich kann nur sagen: Klären Sie erst einmal innerhalb Ihrer Partei den Kurs gegenüber Russland, bevor Sie uns Belehrungen erteilen.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen dafür keinen selbsttherapeutischen Stuhlkreis. Unser Ministerpräsident Horst Seehofer hat einen ganz klaren Kurs in der Russlandpolitik. Er wird die für Bayern wichtigen Punkte ansprechen, und zwar handelt es sich hierbei um die Punkte der Zusammenarbeit, wo die Länderzuständigkeit greift und ureigenste Interessen Bayerns berührt sind: in der Bildung, in der Kultur, in der Wissenschaft und in der Wirtschaft. Besonders auch im Interesse der Landwirtschaft müssen wir mit Russland im Gespräch bleiben. Einfuhrverbote hat es zum Beispiel wegen der Schweinepest bereits vor der Krim-Annexion gegeben. Mehrere Importverbote wurden aus verschiedenen Gründen erlassen und belasten die Landwirtschaft bis heute. Man muss also unabhängig von der Frage der Sanktionen und der Gegensanktionen darauf drängen, zu einer guten Zusammenarbeit zurückzukehren. Ja, es ist notwendig, dass sich die Lage in der Ukraine verbessert und die Minsker Vereinbarungen umgesetzt werden. Aber mit wem sollen wir darüber reden, wenn nicht mit der Ukraine und auch mit Russland?

(Beifall bei der CSU)

Hier ist es wichtig, im Gespräch zu bleiben und Lösungen zu erarbeiten. Das geht nicht mit einem öffentlichen Schaulaufen. Da ist eine zuverlässige Basis der vertrauensvollen Diplomatie gefordert. Natürlich beschäftigt auch uns die humanitäre Lage in Syrien. Es ist notwendig, dass die Hilfsorganisationen vor Ort nachhaltig und unbehindert ihre Hilfe leisten können.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist eine Selbstverständlichkeit in Europa!)

Mit wem sollen wir darüber reden, wenn nicht auch mit Russland? Russland ist für viele Krisen in der Welt der Schlüssel zur Lösung. Deshalb stellen wir aber noch kei-

nen Freibrief aus, sondern handeln in größter Verantwortung für Bayern und im Bewusstsein der Krisenherde dieser Welt.

(Beifall bei der CSU)

Schon allein aufgrund der Verbindungen, die zwischen den Russlanddeutschen und ihrer ehemaligen Heimat bestehen, dürfen die Gesprächsfäden nicht abreißen. Ein offener Austausch sollte deshalb auch in deren Sinne wichtig sein. Diese Reise ist mit Sicherheit nicht einfach, aber unser Ministerpräsident Horst Seehofer duckt sich nicht weg, sondern handelt im Interesse Bayerns. Deshalb ist – die Kollegin Schulze hat es angesprochen – ein Treffen mit russischen Nichtregierungsorganisationen wie der Gorbatschow-Stiftung angesetzt. Eine große und langjährige bayerische Nichtregierungsorganisation ist sogar in der Delegation vertreten, Herr Rinderspacher. Bayern setzt nicht auf Abschottung, sondern auf den Dialog mit Russland. Das ist doch der Grundgedanke von Europa. Sie sprechen im Titel der heutigen Aktuellen Stunde von "Verantwortung für europäische Werte". Aber was genau ist der größte europäische Wert, den wir heute haben? – Dass die Vertreter der Staaten am Konferenztisch zusammensitzen und dort um Lösungen ringen, nicht auf dem Schlachtfeld. Russland bekommt keinen Freibrief und hat ihn auch nicht verdient. Sie schreiben im Titel zwar "Kritischer Dialog", aber nach der bisherigen Debatte meinen Sie eigentlich "Kein Dialog".

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist Quatsch! Völliger Schmarrn!)

Es ist aber noch kein Problem gelöst worden, indem man nicht miteinander gesprochen hat. Früher wurden sogar Foren zum Dialog und zur Zusammenarbeit gegründet, um miteinander im Gespräch zu bleiben. Denken Sie nur an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die OSZE, die aus der gleichnamigen Konferenz entstanden ist und bis heute besteht. Es war eine einzigartige Errungenschaft dieses Dialogs und dieser Verhandlungen, die damaligen Ostblockstaaten für die Anerkennung von Menschenrechten zu gewinnen. Genau dieser Dialog für den Frieden

und für die Menschenrechte macht Europa aus. Genau das gilt es zu erhalten und im Gespräch mit unseren Nachbarn deutlich zu machen. Natürlich gibt es im Verhältnis zu Russland auch kritische Punkte. Entscheidend ist dabei aber doch, ob Putin glaubt, mehr durch Konfrontation als durch Kooperation gewinnen zu können.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was ist Ihre Antwort darauf?)

Deswegen liegt es doch auch an uns, deutlich zu machen: Die Vorteile durch Kooperation überwiegen. Deswegen müssen wir miteinander reden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bedingungen?)

Außerdem zeigt die Erfahrung aus der Geschichte, vor allem aus der jüngeren Geschichte: Sie erreichen bei Russland nichts, wenn Sie es auf offener Bühne brüskieren, im Gegenteil: So manche Krise, die wir derzeit erleben, hat sich dadurch eher noch verschärft. Russland ist ein stolzes Land und eine stolze Nation und nicht irgendeine Provinz oder irgendeine Regionalmacht. Manchmal ist es besser, an der richtigen Stelle zu flüstern, als an der falschen Stelle laut zu brüllen. Vertrauensvolle und gerade deshalb offene und ehrliche Diplomatie ist für Bayern das Gebot der Stunde gegenüber Russland. Dafür steht unser Ministerpräsident Horst Seehofer.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun der Herr Ministerpräsident das Wort. Bitte schön.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In diesem Raum schwebt seit einer Stunde ein gewaltiger Widerspruch. Auf der einen Seite kommt von jeder Oppositionsfraktion der Hinweis: Außenpolitik ist doch nicht Zuständigkeit des Freistaats Bayern. Auf der anderen Seite werde ich in der gleichen Rede pausenlos mit außenpolitischen Forderungen konfrontiert, die ich gegenüber Staatspräsident Putin vorbringen soll.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Entweder – oder!)

Jetzt müssen Sie sich mal darüber klar werden, was Sie eigentlich wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Entweder – oder!)

Wenn Sie dem Freistaat diese Zuständigkeit absprechen, was per se falsch ist, dann können Sie aber nicht anschließend den Bayerischen Ministerpräsidenten auffordern, ausschließlich außenpolitische Gesichtspunkte in die Debatte mit Putin einzubringen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Aber wenn er fährt, wird er das machen!)

Das Zweite richtet sich mehr an die Öffentlichkeit; denn die Öffentlichkeit könnte ja meinen, morgen setzt sich eine Delegation unter Führung des Bayerischen Ministerpräsidenten nach Moskau in Bewegung und die Opposition bleibt zu Hause. Aber die Opposition – das möchte ich der bayerischen Öffentlichkeit mitteilen – schimpft zwar über die Reise, ist aber morgen sehr gerne dabei, und zwar ausnahmslos.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Volkmar Halbleib (SPD): Unterste Schublade, Herr Ministerpräsident! Das ist Ihrer nicht würdig! Das ist ein unwürdiges Argument!)

Wir haben drei ganz klare Wegweisungen für unsere Politik. Das gilt für meine Vorgänger wie für mich. Bayern liegt im Herzen Europas. Das ist gesagt worden. Wir legen größten Wert darauf, dass wir mit unseren unmittelbaren Nachbarn, aber auch mit den entfernteren Nachbarn, eine vernünftige Partnerschaft, ja, in vielen Fällen sogar Freundschaften haben. Einer meiner größten Erfolge ist, mit unserem unmittelbaren Nachbarn, nämlich Tschechien, wieder in Freundschaft zu leben.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die bayerische Auffassung. Ich fahre aus diesem Grunde zum dritten Mal nach Moskau und werde auch zum dritten Mal mit Präsident Putin zusammentreffen. Ich

sage: Jede dieser Reisen war ein großer Erfolg, und ich würde jede Reise wieder genauso anlegen wie in der Vergangenheit.

(Markus Rinderspacher (SPD): Um Gottes willen, Herr Seehofer! – Volkmar Halbleib (SPD): Das kann nicht Ihr Ernst sein!)

Wir haben als Freistaat Bayern eine Partnerschaft mit der Stadt Moskau. Das wird oft vergessen. Ich persönlich könnte – das dürfen Sie mir glauben –, wenn ich nur danach ginge, was weltweit an Wünschen vorhanden ist, jede Woche eine große Reise antreten, so geachtet, respektiert und wichtig ist der Freistaat Bayern für viele.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen wird nach der Bayerischen Verfassung der Freistaat Bayern vom Bayerischen Ministerpräsidenten nach außen vertreten. Jeder Bayerische Ministerpräsident hat diesen Verfassungsauftrag äußerst ernst genommen. Ferner darf ich darauf hinweisen, dass der Freistaat Bayern und die CSU, die diesen Freistaat Bayern in der Regierung trägt, Teil der Bundesregierung sind und von daher durchaus eine Kompetenz und Zuständigkeit aus der Bundespolitik erwächst.

Ich erinnere Sie daran, dass solche Reisen selbstverständlich mit dem Außenminister, mit der Kanzlerin und vielen anderen, die sich auf diesem Feld auskennen, abgesprochen und beraten werden. Erst kürzlich hat mir Sigmar Gabriel über seinen Staatssekretär wichtige Unterlagen zu seiner Reise zugeleitet. Dabei wird sorgfältig vorgegangen. Zu einer sorgfältigen Außenpolitik gehört auch, wichtige Punkte gelegentlich für sich zu behalten. Das trifft für den Außenminister zu, der mir immer sagt, ich dürfe ihn im Landtag nicht zu sehr loben, weil er sonst Schwierigkeiten mit Ihnen bekomme.

(Inge Aures (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Heute sage ich Ihnen: Das betrifft auch die Vorbereitungen auf solche Reisen.

Wir sind nicht auf einem Auge blind. Am Rande der Sicherheitskonferenz in München habe ich mich erneut mit Herrn Poroschenko, dem Staatspräsidenten der Ukraine, getroffen und mit ihm die Situation in der Ukraine besprochen. Am liebsten wäre ich schon im April zu ihm gereist. Er hält ein Treffen im Mai jedoch für sinnvoller. Deshalb möchte ich dem Parlament mitteilen, dass wir im Hinblick auf unsere Bemühungen um Dialog und Partnerschaft nicht nur in eine Richtung marschieren. Wir bemühen uns um ehrliche und kluge Partnerschaften mit allen. Es gehört im Interesse Bayerns zum Auftrag des Bayerischen Ministerpräsidenten, im Mai die Ukraine zu besuchen, um mit Poroschenko zusammenzutreffen.

(Beifall bei der CSU)

Die Opposition macht den Spagat, zwar alles zu kritisieren, was ich tue, aber morgen fröhlich und freundlich mit mir im Flugzeug zu sitzen. Wir werden uns sicher auch angenehm unterhalten. Deshalb will ich heute zwei Unwahrheiten, die Sie wiederholt vorgetragen haben, korrigieren. Sie sagten, ich würde zum ersten Mal mit Menschenrechtsorganisationen in Moskau zusammentreffen. Unausgesprochen meinen Sie damit: Gäbe es nicht die Opposition, die mich dazu aufgefordert hat, würde das Treffen auch nicht stattfinden. Das ist immer Ihr Spagat. Die Wahrheit ist, dass ich im Rahmen meiner letzten Reise einen ganzen Abend mit Nichtregierungsorganisationen in der deutschen Botschaft gesprochen habe. Das war im Vorfeld der Duma-Wahlen. Deshalb war das besonders interessant.

(Beifall bei der CSU)

Das war ein sehr gutes Gespräch. Auch diesmal wird es zu solchen Begegnungen kommen. Diesmal werden die Gespräche nicht wie damals abends in der deutschen Botschaft stattfinden, sondern in der Früh um zehn Uhr. Wahrscheinlich werden Sie auch dabei sein. Ich habe auch gar nichts dagegen, selbst wenn ich weiß, dass das unterschiedlich interpretiert wird. Das ist jedoch das Risiko, wenn man Delegationen

demokratisch und liberal zusammensetzt. Das habe ich in China auch schon erlebt. Das ist eine objektiv unzutreffende Ausführung, die Sie heute gemacht haben.

Sie haben außerdem behauptet, ich hätte im Zusammenhang mit dem Minsker Abkommen und der Frage nach Sanktionen die bedingungslose Aufgabe dieser Sanktionen gefordert. Das ist falsch. Das letzte Gespräch wurde mit Vertretern des Petersburger Dialogs, mit Herrn Ischinger, dem damaligen Außenminister und der Bundeskanzlerin vorbereitet und auch nachbereitet. Ich lege immer Wert darauf, die Ergebnisse des Gesprächs mit Staatspräsident Putin am Ende auch mit der Bundesregierung zu besprechen. Abgesehen davon ist der deutsche Botschafter ohnehin dabei und erstattet der Bundesregierung direkt Bericht. Das zeigt, dass Sie nicht immer wissen, wie solche Gespräche ablaufen. Die Ergebnisse werden der Bundesregierung eins zu eins übermittelt.

Wir haben in diesem Gespräch über die Sanktionen gesprochen. Im Minsker Abkommen sind 13 Punkte vereinbart worden. Leider müssen wir feststellen, dass bis heute keiner dieser 13 Punkte vollumfänglich umgesetzt worden ist. Den Zusammenhang zwischen der Umsetzung des Minsker Abkommens und der Beendigung der Sanktionen muss man einem erwachsenen Menschen nicht erklären. Das ist selbstverständlich. Wir haben über alle Facetten gesprochen. Übrigens habe ich auch mit Poroschenko über alle Facetten gesprochen. Auf beiden Seiten ist das nicht so einfach. Deshalb wird man sich noch schwer bemühen müssen. Zum Schluss unseres letzten Gespräches sagte der Staatspräsident: Sie können öffentlich sagen, dass beide Seiten noch Hausaufgaben zu erledigen haben. Ich fand es bemerkenswert, dass uns einer der beiden Vertragspartner – wir sind nicht Vertragspartner – sagt: Sie können öffentlich mitteilen, dass von beiden Seiten noch Hausaufgaben zu machen sind, damit das Minsker Abkommen als erfüllt gelten kann.

Anfang dieses Jahres habe ich gesagt, ich würde mir wünschen, im Laufe dieses Jahres die Voraussetzungen zu schaffen, um auf die Sanktionen verzichten zu können. Mitnichten habe ich gefordert, als Vorleistung die Sanktionen auf jeden Fall aufzuhe-

ben in der Hoffnung, dass sich die Partner irgendwann richtig verhalten werden. Ich weiß sehr wohl um diesen inneren Zusammenhang, der besprochen worden ist und in der gleichen Weise wieder besprochen wird. Ich kann Ihnen nur sagen: Setzen Sie solche Unwahrheiten nicht in die Welt. Sie nutzen Ihnen nicht, sie nutzen den Menschen nicht, und sie nutzen dem Friedensprozess in der Ukraine nicht. Ich sage Ihnen noch einmal: Auch an dieser Stelle haben Sie die Unwahrheit gesagt.

Wir haben eine große Delegation aus Vertretern der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur und der Landwirtschaft zusammengestellt. Unter vier Augen habe ich Ihnen gesagt, dass sich die Delegationsmitglieder nicht schämen müssen. Sie haben alle ernsthafte Bemühungen im Gepäck, um die Partnerschaft und Freundschaft zwischen Russland und Bayern und den jeweiligen Organisationen zu vertiefen. Wir sollten sie nicht in cumulo als Mitglieder einer Delegation einstufen, die zunächst das Laufen lernen muss. Das ist gegenüber den Delegationsmitgliedern ungerecht.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden viele Gespräche führen. Wir werden manche Vereinbarungen treffen. Bemerkenswert ist auch ein Ergebnis des letzten Gesprächs mit Putin. Wir treffen auch Vereinbarungen mit der Russischen Föderation. Wir arbeiten zwar auch mit Regionen wie der Stadt Moskau zusammen, weil sie unsere Partnerstadt ist. Wir treffen jedoch auch Vereinbarungen auf der Ebene der Russischen Föderation. Das ist eine große Anerkennung für den Freistaat Bayern. Staatsrechtlich ist der Partner Russlands die Bundesrepublik Deutschland. Zu Beginn des letzten Gesprächs hat der Staatspräsident angesichts der Bedeutung der Beziehungen – Herr Kollege Schwartz hat das im Detail geschildert – eine Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Bayern und der Russischen Föderation im Rahmen von Abkommen begrüßt. Ich finde, das ist ein Ausdruck der Anerkennung für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht alltäglich. Bitte lassen Sie uns mit dem uralten jahrzehntelangen Streit aufhören. Manchmal ist dieser Streit mehr von unserer Seite, mal mehr von Ihrer Seite und manchmal gleichermaßen zwischen uns geführt worden. Dabei entsteht der Eindruck, dass die einen nur wirtschaftliche Interessen verfolgen und die anderen für die Freiheit und das europäische Modell stehen. Ich sage Ihnen: Sie dienen den Menschen, der Freiheit und dem Frieden am meisten durch den Dialog und das Gespräch.

(Beifall bei der CSU)

Damit stimmt unsere Politik überein. Nur wer offene Ohren hat, wird auch Türen zwischen den Völkern öffnen. Wir sollten gemeinsam Blockbildungen und künstliche Verhärtungen ablehnen. Ich stelle mir eine Welt mit unterschiedlichen Kulturen und Ansichten vor, in der man selbstverständlich Dialoge pflegt und damit auch Freundschaften erhält. Damit dienen wir der Freiheit und dem Frieden unter den Völkern am meisten. Das ist meine tiefe Überzeugung, und das ist meine Motivation für die nächsten drei Tage.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Ministerpräsident. Nach § 66 Absatz 2 der Geschäftsordnung hat sich nunmehr nochmals der Kollege Rinderspacher zu Wort gemeldet.

(Zurufe von der CSU: Oh! Oje! – Volkmar Halbleib (SPD): So läuft Parlament, liebe Kolleginnen und Kollegen!)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich einmal für uns alle feststellen: eine gute Aktuelle Stunde. Es war nicht vorgesehen, dass der Ministerpräsident hier heute das Wort ergreift.

(Unruhe bei der CSU)

Wir hatten ihn bereits vor vier Wochen aufgefordert, vor dem Hohen Haus eine Regierungserklärung abzugeben, so wie es im Deutschen Bundestag und auch in anderen Parlamenten üblich ist. Ich bin froh, dass er Stellung bezogen hat. Ich hätte mir allerdings erwartet, Herr Ministerpräsident, dass Sie auch etwas mehr zur Sache sprechen und nicht nur Ihre Befindlichkeiten infolge der Kritik der Opposition zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Im Übrigen hat kein einziger Oppositionsredner und erst recht niemand von der SPD behauptet, es gebe beim Ministerpräsidenten, bei der Staatsregierung keine außenpolitische Zuständigkeit.

(Zuruf von der CSU: Doch!)

– Nein, selbstverständlich nicht.

(Zuruf von der CSU: Herr Rosenthal!)

– Herr Rosenthal hat großen Wert darauf gelegt, dass es einen Gleichklang zwischen der Bundesaußenpolitik und der freistaatlichen Außenpolitik gibt.

(Lachen bei der CSU – Zurufe von der CSU: Nein! – Markus Blume (CSU): Zuhören! Zuhören!)

Für uns steht völlig außer Frage – und damit stehen wir als Volksparteien ja beide in einer gewissen Tradition –,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass wir der Eigenstaatlichkeit des Freistaats Bayern seit Wilhelm Hoegner großes Augenmerk schenken. Deshalb ist es selbstverständlich, dass der Bayerische Ministerpräsident, die Bayerische Staatsregierung und das bayerische Parlament auch außenpolitische Kontakte pflegen. Ich habe das in meiner Rede hier unmissverständlich

deutlich gemacht. Ich wundere mich, wie tief getroffen Sie zu sein scheinen, Herr Ministerpräsident, da Sie hier unterstellen, wir hätten etwas behauptet, was so gar nicht ist. Sie haben noch mal in fast schon gönnerhafter Darstellung darauf verwiesen, dass auch Oppositionsabgeordnete bei der Reise mit dabei seien. Im Übrigen ist das in 16 Parlamenten auf Landesebene und auch im Deutschen Bundestag so. Wir sind nicht davon abhängig, dass Sie uns da mitnehmen, sondern es ist schlicht und ergreifend eine parlamentarische Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Es sollte der Anschein erweckt werden, als würden die Parlamentarier gewissermaßen zum Kaviaessen und Krimsekttrinken die Reise mit begleiten. Das weise ich zurück.

(Zuruf von der CSU: Unverschämtheit!)

Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, was Sie gesagt haben: dass der Freistaat Bayern weltweit geachtet ist.

(Zuruf von der CSU: Bleibt's halt daheim! – Glocke des Präsidenten)

Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, was Sie selbst für sich noch mal in Anspruch genommen haben: dass wir gute außenpolitische Kontakte zu Tschechien haben. Ich habe Ihre Leistung diesbezüglich hier im Parlament mehrfach ohne Wenn und Aber gelobt. Nur zur Sache tut das nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie Bayerns Russlandpolitik heute in ihrer gesamten Bandbreite darstellen. Sie haben sich wieder auf einige Vorhaltungen gegenüber der Opposition konzentriert. Sie haben dargestellt, dass Sie sich mit Herrn Poroschenko im Mai treffen werden, und Sie haben vor allen Dingen etwas gemacht, was tatsächlich Ergebnis dieser Aktuellen Stunde ist: Sie haben sich nämlich korrigiert. Sie haben sich korrigiert bei den Sanktionen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Nein!)

Sie haben dargestellt, dass Sie offensichtlich reihenweise von den Journalisten missverstanden worden sind, dass Sie die Sanktionen nicht bedingungslos kippen und beenden wollten, sondern dass Sie selbstverständlich am Minsker Abkommen festhalten wollten. Das ist neu. Da können Sie jetzt wieder sagen, das sei eine Unwahrheit, aber zumindest stimmt es mit der öffentlichen Berichterstattung überein.

Was wir Ihnen nicht durchgehen lassen, Herr Ministerpräsident – nur dass wir uns da klar verstehen –: dass Sie bei der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft so tun, als würden Sie sich bei Putin dafür einsetzen, dass endlich mal diese lästigen Sanktionen wegkommen, und dass Sie sich hier im Hohen Haus dagegen auf die Seite von Minsk und auf die Seite der Europäischen Union stellen. Diese Doppelzüngigkeit geht hier im Parlament nicht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.